



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss II/14
Sitzungstag:	Dienstag, den 04.12.2007
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:05 Uhr

TAGESORDNUNG

1. **Öffentliche Sitzung**
- 1.1. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 1.2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**
Vorlage: M/2007/307
 - 1.2.1. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.2.2. Einwohnerfragestunde
- 1.3. **Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW** - entfällt -
- 1.4. **Beschlüsse** - entfällt -
- 1.5. **Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse** - entfällt -
- 1.6. **Empfehlungen an den Rat**
 - 1.6.1. Beratung der Haushaltssatzung 2008 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2007/259
 - 1.6.2. II. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Wipperfürth
Vorlage: A/2007/047
 - 1.6.3. Neufassung einer Satzung über die Errichtung und die Unterhaltung von Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und ausländische Flüchtlinge
Vorlage: V/2007/260
- 1.7. **Anfragen** - keine -
- 1.8. **Anträge** - keine -

1.9. Mitteilungen

1.9.1. Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
Vorlage: M/2007/296

1.9.2. Abwassergebühren 2008
Vorlage: M/2007/315

1.9.3. Friedhofsgebühren 2008
Vorlage: M/2007/316

1.9.4. Straßenreinigungsgebühren 2008
Vorlage: M/2007/317

1.10. Verschiedenes

1.10.1. Sachstandsbericht zum Modellprojekt "Shared Services"

1.10.2. Regionale 2010 - Ablehnung der Bewerbung Wasserquintett als LEADER-Region

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW**
- 2.4. Beschlüsse**
 - 2.4.1. Stundung, Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen
 - 2.4.2. Auftrag im Rahmen der Investitionsmaßnahme Wupper-Innenstadt-Radium (W.I.R.) mit Entwässerungssanierung;
Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NRW - Vorlage: V/2007/250
 - 2.4.3. Beförderung eines Beamten
Vorlage: V/2007/256
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -**
- 2.6. Empfehlungen an den Rat - entfällt -**
- 2.7. Anfragen - keine -**
- 2.8. Anträge - keine -**
- 2.9. Mitteilungen**
 - 2.9.1. Mündlicher Bericht über die Beratungen des Unterausschusses "Personal"
- 2.10. Verschiedenes - entfällt -**



Stadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses,
am 04.12.2007
von 17:00 Uhr bis 18:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Forsting, Guido

Bürgermeister

Ratsmitglieder

Blechmann, Karin

SPD

Bongen, Hermann-Josef

CDU

Brachmann, Peter

SPD

(für Billstein, Regina)

Bremerich, Josef

CDU

Frielingsdorf, Hans-Otto

UWG

Funke, Jürgen

CDU

(für Stefer, Michael)

Grüterich, Norbert

CDU

Höhfeld, Rolf

CDU

Kohlgrüber, Gerd

CDU

Koppelberg, Harald

UWG

Mederlet, Frank

SPD

Palubitzki, Lothar

CDU

Scherkenbach, Friedhelm

CDU

Schmitz, Andreas

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Schmitz, Annekathrin

CDU

Schmitz, Bernd

CDU

Stein, Günter

SPD

beratendes Mitglied

Pehlke, Michael Dr.

FDP

Verwaltungsvertreter

Hachenberg, Friedrich

intern

StOVR

Orbach, Kurt

intern

Stadtkämmerer

Wollnik, Lothar

intern

StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard

intern

StAR

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **Forsting** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2007/307

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.2.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt. Unter „Verschiedenes“ trägt Bürgermeister Forsting Sachstandsberichte zu den Themen „Shared Services“ und „LEADER-Bewerbung“ vor.

1.2.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.3 Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW

- entfällt -

1.4 Beschlüsse

- entfällt -

1.5 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse

- entfällt -

1.6 Empfehlungen an den Rat

1.6.1 Beratung der Haushaltssatzung 2008 mit Haushaltsplan und Anlagen Vorlage: V/2007/259

Die Fraktionen signalisieren auf Anfrage des Bürgermeisters, dass heute kein Bedarf für eine Vorberatung des Haushaltsbeschlusses besteht.

Der Entwurf einer Beschlussempfehlung an den Rat (hier nachrichtlich aufgeführt) lautete:

„Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 06. November 2007 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2008 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen.“

An dieser Stelle teilt Bürgermeister **Forsting** mit, den Stadtrat für den 19. Dezember zu einer Sondersitzung einzuladen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Schließung einer Dorfschule“. Es zeichne sich aufgrund der derzeitigen Faktenlage ab, dass bereits in diesem Jahr eine Entscheidung getroffen werden kann.
Die Haushaltsverabschiedung und diese Angelegenheit innerhalb einer Sitzung abzuhandeln, sei aus zeitlichen Gründen nicht sinnvoll.

1.6.2 II. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Wipperfürth Vorlage: A/2007/047

Beschlussempfehlung an den Rat:

Die II. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Wipperfürth wird in der beiliegenden Fassung*) mit Wirkung vom 01.01.2008 beschlossen.

*) = siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6.3 Neufassung einer Satzung über die Errichtung und die Unterhaltung von Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und ausländische Flüchtlinge

Vorlage: V/2007/260

Beschlussempfehlung an den Rat:

Für den Betrieb der beiden städtischen Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und ausländische Flüchtlinge in der Weberstraße 9 und der Bahnstraße 7 wird die beiliegende Satzung*) als Neufassung mit Wirkung vom 01.01.2008 beschlossen.

Gleichzeitig werden die bisherige Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für Wohnungslose sowie die Erhebung von Benutzungsgebühren in der Stadt Wipperfürth vom 12.05.2005 (Ziffer 3 II der Ortsrechtssammlung) und die bisherige Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen in der Stadt Wipperfürth vom 13.12.1991 in der Fassung der I. Änderungssatzung vom 26.11.2001 (Ziffer 5 I der Ortsrechtssammlung) aufgehoben.

*) = siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.7 Anfragen - keine -

1.8 Anträge - keine -

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Vorlage: M/2007/296

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.2 Abwassergebühren 2008

Vorlage: M/2007/315

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung war, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.3 Friedhofsgebühren 2008 **Vorlage: M/2007/316**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung war, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.9.4 Straßenreinigungsgebühren 2008 **Vorlage: M/2007/317**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung, die den Ratsfraktionen am Vortage zugegangen war bzw. als Tischvorlage auslag, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.10 Verschiedenes

1.10.1 Sachstandsbericht zum Modellprojekt "Shared Services"

Bürgermeister **Forsting** erläutert den derzeitigen Sachstand. Nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren habe der Rat der Stadt Hückeswagen am 27. November 2007 stellvertretend für die an dem Modellprojekt Beteiligten die Vergabeentscheidung getroffen. Die Ausschreibung sei zuvor auf Veranlassung des Innenministeriums durch ein Anwaltsbüro intensiv vorbereitet worden. Nach Abschluss des Verfahrens, dessen einzelne Schritte er näher erläutert, habe schließlich die Firma Deckert und Partner den Auftrag erhalten.

Die Bürgermeister der vier Städte und Gemeinden würden die Firma auch für die geeignetste halten. Das Büro habe schriftlich dokumentiert, dass es das Projekt erfolgreich zu Ende bringen wolle, auch wenn es statt der vorgesehenen 270 Beratertage dazu kommen sollte, dass etwa 400 Beratertage erforderlich sind.

Nach der Vergabeentscheidung des Hückeswagener Rates hätten die Mitbewerber eine 10-tägige Einspruchsfrist, die bisher noch nicht in Anspruch genommen worden sei. Wenn diese Frist einspruchslos ablaufe, würden die Gesprächspartner einen neuen Zeitplan für die Umsetzung des Modellprojektes vereinbaren. Wie bisher geplant werde es Anfang 2008 mit den Bereichen Baubetriebshof, Zentrale Immobilienwirtschaft und Beschaffungswesen starten. Die zeitlichen Abstände für die einzelnen Schritte wie Analyse, Umsetzung etc. blieben voraussichtlich unverändert. Bis Herbst 2008 seien erste realistische Ergebnisse zu erwarten. Anfang nächsten Jahres werde der Rat über den neuen Zeitplan informiert.

Die vier Bürgermeister hätten, bevor man sich Gedanken über die nächsten drei zu untersuchenden Bereiche macht, die Änderung der Gemeindeordnung abgewartet. Am 22.11.2007 sei man einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, als nächstes den Bereich Bauaufsicht anzugehen. Dabei spielten insbesondere die Senkung der Einwohnerschwellenwerte und die neuen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit eine Rolle. Der Landrat habe inzwischen ein Papier herausgegeben, aus dem hervor gehe, welche Bereiche aus seiner Sicht

möglicherweise vom Kreis auf die kreisangehörigen Gemeinden verlagert werden könnten. Der Kreis sei der Auffassung, dass sich die Möglichkeiten nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit nicht auf die Aufgaben des Jugendamtes erstrecken, weil dies spezialgesetzliche Vorschriften nicht zuließen. Diese Frage werde aber noch intensiv geprüft.

Hückeswagen und Marienheide hätten ein Interesse daran, nicht mehr von der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises betreut zu werden. Welche denkbaren Konstellationen einer Zusammenarbeit es zwischen den Städten und Gemeinden des Nordkreises gebe, müsse intensiv geprüft werden.

Dieses vierte Shared-Service-Projekt werde erst dann gestartet, wenn die ersten drei Projekte abgeschlossen seien. Die Mitarbeiter/innen in der Verwaltung seien über die Einbeziehung in das Projekt informiert.

Für Anregungen bezüglich der weiteren Projektbereiche aus den Reihen des Rates sei er jederzeit dankbar, auch wenn diese Vorschläge mit den anderen Gemeinden danach erst abzustimmen seien.

Die Belegschaft stehe dem Prozess nach seinem Eindruck nicht skeptisch gegenüber, sondern sehe darin auch Chancen.

Ratsherr **Mederlet** fordert, dass die Verwaltung über den Prozess regelmäßig und in nicht zu großen Abständen informiert. Für ihn sei es nicht einleuchtend, dass für die Aufgaben des Jugendamtes die neuen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit nicht gelten sollen.

Bürgermeister **Forsting** erklärt, auch das Büro Deckert und Partner werde schriftliche Informationen zum Modellprojekt für die Politik aufbereiten, damit diese den Prozess mit begleiten und eigene Gedanken mit einbringen könne.

Ratsherr **Stein** erklärt, ihm sei noch nicht klar, auf welcher Grundlage der Rat der Stadt Hückeswagen die Vergabeentscheidung getroffen habe. Bürgermeister **Forsting** stellt in Aussicht, dem Rat Anfang des nächsten Jahres entsprechende Unterlagen zu überlassen, dann auch über das weitere Vorgehen. Diese Information könnte etwa zur HFA-Sitzung im Februar erfolgen.

1.10.2 Regionale 2010 - Ablehnung der Bewerbung Wasserquintett als LEADER-Region

Bürgermeister **Forsting** teilt mit, dass die Bewerbung des Wasserquintetts als LEADER-Region leider abgelehnt worden sei. Entsprechende Informationen aus dem zuständigen Ministerium besagten, dass es zum einen viel mehr Bewerbungen als erwartet gegeben habe und zum anderen, dass das Konzept dem bewertenden Expertengremium „zu wasserlastig“ gewesen sei.

Eine Hoffnung gebe es aber dennoch, da das Ministerium auch bekräftigt habe, dass es keine Doppelförderung gebe und damit ein Teil der Projektideen des Wasserquintetts anderweitig gefördert werden könne.

Guido Forsting
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -